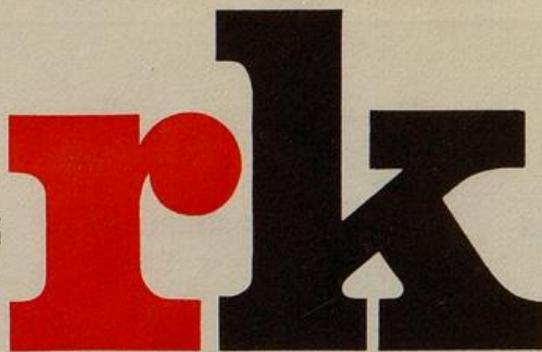


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 25. September 1986

Blatt 2297

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Casinos Austria sponsern Feuerwehrmuseum
ausgesendet: Terminvorschau vom 25. September bis 3. Oktober
(grau) Ernst-Krenek-Preis an Rene Staar

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
Am Wochenende: Neue Autobuslinie, drei
Verlängerungen
Ehrenzeichen des Landes Wien

Kultur: Helmut Dimko Programmdirektor der "Viennale"
(gelb)

Nur

Über FS: 24.9. Gasrohrgebrechen im 13. Bezirk
Sechs Stunden kein "60er"
25.9. Wegen Straßenfest kein "57er"
Samstag eine Stunde kein "49er"
Autobuslinien "73 A" und "80 A" fahren öfter

.....
Bereits am 24. September 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Casinos Austria sponsern Feuerwehrmuseum

16 Wien, 24.9. (RK-LOKAL) Mit 300.000 Schilling sponsern die Casinos Austria das Wiener Feuerwehrmuseum: Einen Scheck über diese Summe überreichte Casino-General Dr. Leo WALLNER Mittwoch dem Wiener Feuerwehrstadtrat Helmut BRAUN in Anwesenheit von Branddirektor Dipl.-Ing. Karl ABULESZ. Das Geld ist für die Ausgestaltung des kürzlich neu eröffneten Feuerwehrmuseums in der Feuerwehrzentrale 1, Am Hof 9, bestimmt.

Das Feuerwehrmuseum, zu dessen Neugestaltung österreichs Casinos mit ihrer Spende kräftig beitragen, bietet einen Überblick über die Entwicklung des Löschwesens und die Geschichte der Wiener Berufsfeuerwehr, die heuer das Jubiläum des 300jährigen Bestehens feiert. Geöffnet ist das Museum Am Hof 9 noch bis 5. Oktober täglich von 10 bis 18 Uhr, dann jeweils an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 12 Uhr. Für Gruppen können natürlich eigene Termine vereinbart werden. (Schluß) hrs/rr

NNNN

.....
Bereits am 24. September 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Terminvorschau vom 25. September bis 3. Oktober (1)

18 Wien, 24.9. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 25. September bis
3. Oktober hat die "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Termine
vorgemerkt:

DONNERSTAG, 25. SEPTEMBER:

ab 9 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat

19.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Hafen (auf der "Johann Strauß")

20.00 Uhr, Fernseh-Live-Sendung "Von Wien in die Welt" (Rathaus,
Festsaal)

FREITAG, 26. SEPTEMBER:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP, Cafe Landtmann

15.00 Uhr, Eröffnungsfahrt auf den verlängerten Streckenführungen
der Autobuslinien "69 A" und "73 A", StR. Hatzl (Wien 11,
Am Kanal 97 vor der Hasenleitengasse - gemeinsam für die
Linien "73 A" und "69 A" und Wien 11, Weißenböckgasse bei
der Simmeringer Hauptstraße, Endstelle der Linie "69 A")

SAMSTAG, 27. SEPTEMBER:

9.00 Uhr, Eröffnungsfahrt auf der verlängerten Streckenführung der
Autobuslinie "10 A", StR. Hatzl (17, Hernalser Haupt-
straße - Wattgasse vor dem Betriebsbahnhof der Wiener
Stadtwerke-Verkehrsbetriebe und Wien 16, Gablenzgasse
112-114)

10.00 Uhr, Inbetriebnahme der neuen Autobuslinie "12 A", StR. Hatzl
(Wien 5, Margaretenstraße 86)

SONNTAG, 28. SEPTEMBER:

Familiensonntag

(Schluß) red/gg

Bereits am 24. September 1986 über Fernschreiber ausgesendet

Terminvorschau vom 25. September bis 3. Oktober (2)

19 Wien, 24.9. (RK-KOMMUNAL)

MONTAG, 29. SEPTEMBER:

- 10.00 Uhr, Durchstich Tunnel U 6/3 (12, Vivenotgasse)
- 10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Prof. Dr. Ernst Jandl, Prof. Robert Pippal, Prof. Carl Unger (Rathaus, Steinerne Saal I)
- 10.30 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz mit StR. Mrkvicka "Pläne der Wiener Symphoniker für die Saison 1986/87" (PID)

DIENSTAG, 30. SEPTEMBER:

- 11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters mit Vizebürgermeister Mayr (PID)

MITTWOCH, 1. OKTOBER:

- 10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Prof. Hans Mayr, Dr. Franz Schafranek, Ruth Brinkmann, Oberstleutnant Hans Schadenbauer (Wappensaal, Rathaus)

DONNERSTAG, 2. OKTOBER:

- 10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Seidl an Amtsdirektor Kurt Traindl (Arbeitszimmer, Seidl)
- 10.00 Uhr, Überreichung des Dekretes "Regierungsrat" durch StR. Edlinger an Techn. Oberamtsrat Ing. Walter Beer (Arbeitszimmer, Edlinger)
- 11.00 Uhr, Pressekonferenz mit StR. Stacher "Entwicklungsstudie über Kinder im 1. und 2. Lebensjahr" (PID)

FREITAG, 3. OKTOBER:

- 9.00 Uhr, Festveranstaltung anlässlich 50. Todestag Julius Tandler (Rathaus, Stadtssenatssitzungssaal)
- 14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Mrkvicka an Prokurist i.R. Ernst Locker, Kurt Steiner, Dipl.-Ing. Alfred Graf (Rathaus, Steinerne Saal I)

(Schluß) red/rr

.....
Bereits am 24. September 1986 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ernst-Krenek-Preis an Rene Staar

20 =Wien, 24.9. (RK-KULTUR) Der Komponist Rene Staar ist der erste Preisträger des Ernst-Krenek-Preises der Stadt Wien. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA überreichte am Mittwoch im Wappensaal des Wiener Rathauses den Preis, den Staar für sein Werk "Just an Accident? A Requiem for Anton Webern and other Victims of the Absurd" Op. 9 in der Fassung für Erzähler, Sopran, großes Orchester und Combo erhielt, an den Komponisten.+++

Mrkvicka sagte, die Bedeutung des Preises, den die Stadt Wien anlässlich des 85. Geburtstages von Ernst Krenek gestiftet hat, liege sowohl in der Danksagung an den großen Komponisten Krenek, wie auch in der Förderung der zeitgenössischen Musik, die zunehmend einen wichtigen Platz im Wiener Musikleben einnehme. Ernst Krenek selbst würdigte in seiner Laudatio das Werk von Rene Staar, mit dessen Thema ihn vieles verbinde.

Der Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien wird alle zwei Jahre an einen Komponisten oder Musikschriftsteller vergeben und ist mit 100.000 Schilling dotiert. (Schluß) gab/rr

NNNN

Helmuth Dimko Programmdirektor der "Viennale"

5 Wien, 25.9. (RK-KULTUR) Aufgrund eines Vorschlages von Kulturstadtrat Franz MRKVICKA wurde Helmut DIMKO von der Mitgliederversammlung der Wiener Filmfestspiele "Viennale" zum alleinigen Programmdirektor des Festivals bestellt. Der bisherige "Viennale-Leiter Edwin ZBONEK ist aus der Programmdirektion ausgeschieden, wird aber weiterhin dem Kuratorium der "Viennale" angehören. Die nächste "Viennale" findet vom 23. März bis 2. April in der Wiener Urania statt. (Schluß) gab/rr

NNNN

Am Wochenende: Neue Autobuslinie, drei Verlängerungen

6 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Wochenende wird das Wiener Autobusnetz um insgesamt 14 Kilometer verlängert. Die Eröffnungsfahrten auf den vier betroffenen Linien sind mit kleinen Festakten verbunden. Die Termine: Am Freitag, dem 26. September, 15 Uhr, Eröffnungsfahrt für die Verlängerung der Linien "69 A" und "73 A" in Simmering (Am Kanal 97), am Samstag, dem 27. September um 9 Uhr für die Verlängerung der Linie "10 A" durch Ottakring (Hernalser Hauptstraße/Wattgasse) und um 10 Uhr für die Inbetriebnahme der neuen Autobuslinie "12 A" (Margaretenplatz).

Die neu eingeführte Linie, der "12 A", stellt eine wichtige Querverbindung durch Margareten dar. Sie führt von der Einsiedlergasse beim Gürtel über die Pilgramgasse (mit Anschluß an die U 4) bis zur Längenfeldgasse, wo sich in drei Jahren eine U 6-Station befinden wird. Die Streckenlänge der neuen Linie, mit deren Finrichtung ein Wunsch der Bevölkerung des 5. Bezirks erfüllt wird, beträgt siebeneinhalb Kilometer.

Die Linie "10 A" wird ab der Hernalser Hauptstraße bis zur Schmelz (Gablenzgasse) verlängert, wo sie an die Linie "15 A" anschließt. Der Ast nach Dornbach fällt damit weg, hier bestand eine Parallelführung mit der Straßenbahnlinie "43".

Mit der Verlängerung der Linie "69 A" über die Hasenleitengasse hinaus bis zur Simmeringer Hauptstraße erhält der Simmeringer Bezirkskern einen neuen Anschluß an die U 1.

Die Linie "73 A" wird von Kaiserebersdorf über die Simmeringer Hauptstraße hinweg bis zur Hasenleitengasse verlängert, wodurch eine Anbindung an den "69 A" und eine bessere Erschließung großer Wohngebiete erreicht wird.

Auf den neuen Strecken herrscht am Eröffnungstag Freifahrt zum Kennenlernen, bei der Linie "12 A" bis zum Betriebsschluß um 14.03 Uhr, bei den anderen Linien bis 20 Uhr. (Schluß) roh/rr

Donnerstag, 25. September 1986 "RATHAUSKORRESPONDENZ" Blatt 2304

Ehrenzeichen des Landes Wien

12 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Mittwoch nachmittag an Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft Ehrenzeichen des Landes Wien. Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Kommerzialrat Otto KREJCI, das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien Kommerzialrat Alexander FEIMANN. Das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien bekamen die Gewerkschaftsfunktionäre Emil BACHNER, Alfred HÖRMANN und Johann KNOLL. (Schluß) sei/rr

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Dringliche Anfrage

7 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Die Landtagssitzung fand unter dem Vorsitz von Landtags-Präsident SALLABERGER (SPÖ) statt. Die ÖVP brachte eine DRINGLICHE ANFRAGE betreffend wirtschaftspolitische Maßnahmen für Wien - Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen ein. Darüber findet die Beratung am Ende der Sitzung statt.

Zwtl.: Änderung des Unfallfürsorgegesetzes

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Änderung des Unfallfürsorgegesetzes 1967. Diese Änderung hat eine Gleichstellung des Witwers oder früheren Ehemannes eines weiblichen Beamten der Stadt Wien mit der Witwe oder früheren Ehefrau eines männlichen Beamten der Stadt Wien zum Inhalt. Außerdem wird unter anderem das Verzeichnis der Berufskrankheiten erweitert.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Zwtl.: Änderung des Fremdenverkehrsförderungsgesetzes

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ) beantragte eine Änderung des Wiener Fremdenverkehrsförderungsgesetzes. Ziel ist, die fixe Ortstaxe durch einen Prozentsatz (2,8 Prozent) zu ersetzen.

LAbg. LANGHAMMER (ÖVP) erklärte, die Novelle biete einfachere Berechnungsmöglichkeiten und bringe 12 Millionen Schilling Mehreinnahmen für die Fremdenverkehrswerbung. Er kritisierte, Mayr habe den Hotelboom gefördert und den Weg der Zusammenarbeit verlassen, und kündigte an, die Wiener ÖVP werde ein Fremdenverkehrskonzept vorlegen.

LAbg. KNEIDINGER (SPÖ) verwies darauf, daß sich der Wiener Fremdenverkehr zwischen 1980 und 1985 zum Unterschied von den anderen Bundesländern explosionsartig entwickelt hat, der Rückgang betrage nun 4,7 Prozent. Die Stadt Wien werde aus ihren Mitteln die Fremdenverkehrswerbung in den Vereinigten Staaten fördern. (Forts.)
and/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Änderung des Fremdenverkehrsförderungsgesetzes

8 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), auf LABg. LANGHAMMER eingehend, er verwehre sich gegen die Behauptung, den Weg der Zusammenarbeit verlassen zu haben. Die ÖVP solle nicht interne Auseinandersetzungen auf seinem Rücken austragen. Zum Bettenboom betonte Mayr, die Stadt Wien habe in den vergangenen Jahren die Modernisierung und die Feuersicherheit der Wiener Hotels gefördert, nicht jedoch den Neubau von Hotels bzw. diesen initiiert. Die Stadt Wien werde aber die wirtschaftlichen Absichten von Hotelketten auch nicht behindern.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Landtag (3)

Utl.: Dringliche Anfrage

9 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Die LABg. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) und Ingrid KOROSEC (ÖVP) richteten an Finanzstadtrat MAYR (SPÖ) eine DRINGLICHE ANFRAGE betreffend wirtschaftspolitische Maßnahmen für Wien, vor allem Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

LABg. Dr. MAIER (ÖVP) hob in seinem Dehattenbeitrag die hohe Wiener Arbeitslosenrate hervor. Es habe im vergangenen August rund 3.000 Arbeitslose mehr als im August des Vorjahres gegeben. Auf Bundesebene erwähnte Maier das explodierende Budgetdefizit und die Misere in der verstaatlichten Industrie. Das neue VOEST-Alpine-Konzept sei zu vage. Es drohe weiterhin der Verlust von hunderten Arbeitsplätzen bei Wiener Unternehmen wie HEBAG (Wiener Brückenbau), Flin oder SGP. Angesichts der Bedeutung dieser Probleme für das Land Wien sowie für die gesamte Ostregion sei es vordringlich, rasch entsprechende Maßnahmen zu setzen.

Auch LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, daß die Krise in der Verstaatlichten die Wiener Tochterbetriebe erfaßt habe und durch neue Konzepte neue Betriebe und Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Die ÖVP-Forderung nach einem Wiener Verstaatlichtengipfel lehnte Hirnschall ab. Er halte auch beim gegenwärtigen Stand der verstaatlichten Betriebe eine Privatisierung nicht für zielführend. Hirnschall schlug vor, seitens der Stadt Wien Strategien zur Ansiedlung neuer Firmen und neuer Produktionsstätten in Wien zu entwickeln, wobei er unterstrich, daß Wien gegenüber anderen Bundesländern einen besonderen Standortvorteil besitze. (Forts.) du/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Dringliche Anfrage

10 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) LABg. SCHMIDTMEIER (SPÖ) bezeichnete die von der ÖVP geforderte Wirtschaftspolitikdebatte als Teil der Wahlkampfstrategie der ÖVP. Die ÖVP könne sich jedoch auf diesem Weg nicht von der geteilten Verantwortung im Bereich der Verstaatlichten Industrie freispielen. Darüber hinaus gebe es natürlich weltweit Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsprobleme insbesondere in den Branchen der Verstaatlichten. Der SPÖ sei es jedoch auch gelungen, in den letzten Jahren zahlreiche neue Arbeitsplätze zu schaffen, und die Stadt Wien trage durch zahlreiche Aufträge und besondere Förderungsmaßnahmen für Klein- und Mittelbetriebe den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rechnung. In diesem Sinne werden die Sozialisten für die Wirtschaft unseres Landes weiter arbeiten, sagte Schmidtmeier.

LABg. Ingrid KOROSEC (ÖVP) forderte begleitende Maßnahmen für die Betroffenen der Sanierungsmaßnahmen der Verstaatlichten Industrie. Korosec wies auch auf die Schwierigkeit bezüglich der Jugendarbeitslosigkeit, der steigenden Dauer der Arbeitslosigkeit für die einzelnen Betroffenen und auf die versteckte Arbeitslosigkeit hin. Die Arbeitsämter sollten zunehmend zu Beratungsstellen ausgebaut werden, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten etwa in den Bereichen Stadterneuerung und Grünräume sollten geschaffen werden. Generell sei es notwendig, neue Wege in der Sozial- und Wirtschaftspolitik zur Lösung der anstehenden Probleme zu beschreiten. (Forts.) gab/rr

Wiener Landtag (5)

Utl.: Dringliche Anfrage

11 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) LABg. PROCHASKA (ÖVP) kritisierte die Wirtschaftspolitik in Wien. So stehe die Beschäftigungsentwicklung sowohl in den Bereichen Produktion als auch Dienstleistungssektor hinter dem österreichischen Durchschnitt zurück. Auch könne nicht übersehen werden, daß in Wien eine beschleunigte Entindustrialisierung stattfindet. Zum Thema Arbeitslosigkeit sagte er, man könne erst dann von einem positiven Trend sprechen, wenn sowohl die Häufigkeit als auch die Dauer der Arbeitslosigkeit abnehme.

LABg. FREITAG (SPÖ) setzte sich mit der Glaubwürdigkeit von Politikern in der Wirtschaftspolitik auseinander. So müßten beispielsweise Wirtschaftstreibende zum Schluß kommen, die ÖVP wäre nicht eine geschlossene Partei, sondern sie bestehe aus zwei Teilen: Einer, der für Sozialpartnerschaft ist, ein anderer, der nur negativ kritisiert und negiert. Freitag warf der ÖVP vor, sie habe kein Interesse an einer florierenden Wirtschaft. Abschließend sprach er die Bitte aus, man solle in einer Zeit, in der Forschung und Förderung in Wien attraktiver gemacht werden, die dafür in Frage kommenden Leute dahingehend beeinflussen, daß sie sich in dieser Stadt wohl fühlen. (Forts.) ull/rr

Wiener Landtag (6)

Utl.: Dringliche Anfrage

13 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Die Debattenbeiträge der sozialistischen Vorredner haben sich darauf beschränkt, die Wirtschaftslage und speziell die Wiener Situation zu verniedlichen, erklärte LAbg. Dr. WÖBER (ÖVP). Trotz wirtschaftlicher Verflechtung mit dem Ausland sei eine eigenständige österreichische Politik notwendig, sollen die Probleme gelöst werden. Der Abgeordnete forderte eine umfassende Steuersenkung, damit die Wirtschaft und die Investitionstätigkeit angekurbelt werden. Für den Wiener Bereich gelte dies vor allem für die Stadterneuerung als Sofortmaßnahme für Investitionsbelebungen. Der Großteil der Steuerlast werde heute von den kleinen und mittleren Betrieben getragen.

LAbg. Dr. SWOBODA (SPÖ) erklärte, daß die Forderungen der ÖVP nach gleichzeitiger Steuersenkung und Investitionsankurbelung einander widersprechen. Auf der einen Seite sollen große Investitionen im Bereich Stadterneuerung, öffentlicher Verkehr, Umweltschutz usw. getätigt werden, gleichzeitig aber die Mittel dafür gekürzt werden. Die Krise der Verstaatlichten Industrie sei auch eine Krise der weltweiten Stahlindustrie, erklärte Swoboda weiter. Die ÖVP behaupte immer, daß in Wien ein Mangel an Facharbeitern bestehe. Es wäre daher eigentlich naheliegend, daß Facharbeiter, die ihren Arbeitsplatz in der Verstaatlichten verloren haben, von Wiener Betrieben übernommen und umgeschult werden. Zu der Forderung nach Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft forderte der Redner mehr Initiativen von Seiten der Privatwirtschaft. (Forts.) lei/rr

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Dringliche Anfrage

14 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) (Abg. NEUMANN (ÖVP) sagte, das Fiasko der sozialistischen Politik habe weltweit Aufsehen erregt und sei eine nationale Industrietragödie. Die Steuerbelastung lasse den Betrieben keine Möglichkeiten für notwendige Investitionen, während große Mittel in die Verstaatlichte Industrie fließen und mindestens 45 weitere Milliarden notwendig sein werden. Die Verstaatlichten Unternehmen wirtschaften nicht zufriedenstellend, und beispielsweise bei der ÖMV seien tausend Arbeitsplätze gefährdet. Außerdem genießen die Verstaatlichten Unternehmen umfangreiche Steuererleichterungen. AUA, ÖMV, aber auch die "Z" könnten ganz bzw. teilweise privatisiert werden.

Abg. EDER (SPÖ) erklärte, die ÖVP verfolge seit langem die Taktik, bei Problemen einfach Forderungen zu stellen oder Schuldzuweisungen an andere vorzunehmen. Die SPÖ hingegen suche Wege zur Lösung der Probleme. Wirtschaftspolitik ist die Kunst des Möglichen, und dies treffe besonders auch auf die Verstaatlichte Industrie zu. Die Wiener Wirtschaftspolitik sei immer auf einen stabilen Geldwert, Sicherung der Arbeitsplätze und Bewahrung der Umwelt gerichtet und könne sich dabei international sehen lassen. Wo notwendig, werden strukturelle Maßnahmen gesetzt, wie etwa beim GM-Motorenwerk - die ÖVP war dagegen. Die Verstaatlichte Industrie sichere auch in den Zulieferbetrieben Arbeitsplätze. Der Abbau von tausend Beschäftigten bei der ÖMV sei eine "Ente", was auch vom Vorstand des Unternehmens festgestellt wurde. VOEST, Elin und SGP sind innovativ tätig, aber das Verhalten der ÖVP führe dazu, daß die Betriebe Wettbewerbsnachteile erleiden. Auch sei die Verstaatlichte Industrie ein wichtiger Faktor im Umweltschutz. Die von der ÖVP für die ÖMV geforderte Privatisierung werde von den BAAB-Vertretern bei der ÖMV nicht unterstützt. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Landtag (8)

Utl.: Dringliche Anfrage

15 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) StR. NEUSSER (ÖVP) erklärte, daß aus der Sicht des Gewerbes die Selbständigen ärmer geworden seien, was eine "Aushöhlung" der Wiener Wirtschaft bedeute. Kleinere Betriebe kämen bei Investitionen mit Rücklagen nicht aus. Neue Besetze sollten die Voraussetzung für ein gutes Wirtschaften schaffen.

Grundsätzlich befürworte er die Investitionen bei General Motors; aber die Förderung, daß die Umschulungskosten bei GM von der Gemeinde bezahlt würden, wäre bei den Gewerbetreibenden genauso notwendig. Abschließend sprach sich Neusser für eine Reform der Sozialgesetzgebung aus.

Finanzstadtrat MAYR (SPö) begrüßte bei der Beantwortung der dringlichen Anfrage die vorangegangene Debatte, da sie Wirtschaftstätigkeiten und Ergebnisse aufgezeigt habe. Er erklärte, daß kein unbedingter Zusammenhang zwischen der Wiener und der Bundes-Arbeitslosenrate bestehe und verwies auf die wesentlich höheren Arbeitslosenraten deutscher Großstädte.

Zur Steuerreform betonte Mayr, daß Investieren Steuerbelastungen für den Unternehmer verringern könnte.

Der Finanzstadtrat sprach sich gegen einen Verstaatlichten-Gipfel aus, da dies eine Alibi-Handlung wäre. Zur Privatisierungsdebatte sagte er, für ihn sei der Eigentümer eines Betriebes weniger wichtig als das gute Management. Bei den Verstaatlichten Betrieben sollte trotz Umstrukturierung und Beteiligungen die Entscheidungsgewalt nicht aus der Hand gegeben werden.

In Wien seien zwei Großprojekte geplant: ein gentechnisches Forschungsinstitut und eine Produktionsstätte für hochentwickelte Sensoren.

Abschließend sprach sich Mayr für eine Weiterführung der bisherigen Wirtschaftspolitik aus.

Die Sitzung des Landtages endete um 14.10 Uhr. (Schluß) du/r

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

16 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates wurde mit der Fragestunde begonnen.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), wie die Meßergebnisse der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig seit der Inbetriebnahme der Filteranlage hinsichtlich der Werte von Furanen und Dioxinen lauten, sagte StR. BRAUN (SPÖ), daß die entsprechenden Werte von Dioxinen um 99,3 Prozent und bei Furanen um 92,4 Prozent reduziert werden konnten. Bezüglich der Reststoffe im Filterkuchen und in der Flugasche werden die Untersuchungen über die optimale Beseitigung vorangetrieben.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) nach dem Erfolg der Befragungsaktion "Chancen für den Donaauraum" sagte StR. HOFMANN (SPÖ), daß diese Aktion, obwohl es keine Postwurfsendung gegeben hat, mit rund 2.500 Einsendungen bisher als durchaus erfolgreich zu werten sei. Auch für den Ziviltechnikerwettbewerb, für den Wettbewerb für Studenten und für den offenen Wettbewerb gebe es ein großes Interesse. Die Ausstellung im Messepalast verzeichne bereits 10.000 Besucher und sei für die Zukunft als permanente Werkstatt mit der Einbindung neuer Erkenntnisse gedacht. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

17 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. GUTMANNBAUER (SPÖ), welche Maßnahmen er seit seinem Amtsantritt gesetzt habe, um den Aktenlauf im Bereich der Stadterneuerung abzukürzen, sagte StR. EDLINGER (SPÖ), daß es gelungen sei, durch parallel laufende Verfahrensschritte zu ermöglichen, daß schlichtungsstellenpflichtige Verfahren nur mehr neun Monate statt wie bisher zwölf bis 15 Monate Bearbeitungszeit erfordern. Nicht schlichtungsstellenpflichtige Verfahren können in einem halben Jahr abgewickelt werden. Edlinger wies jedoch darauf hin, daß die durchgreifenden Verbesserungsarbeiten im Zuge der Stadterneuerung eine vielschichtige Arbeit darstellen, die gewisse Zeitabläufe notwendig macht. Nach gewissen Anfangsschwierigkeiten sind jedoch Ende August 86 bereits 470 Anträge mit einem Gesamtbauvolumen von 2,5 Milliarden Schilling empfohlen worden.

Einen wichtigen Schritt in der Beratung der Förderungswerber bedeutet schließlich die Tatsache, daß der Stadterneuerungsfonds ab nun als alleinige Einreichstelle einen raschen Ablauf aller notwendigen Verwaltungsarbeiten ermöglicht. Abschließend wies Edlinger darauf hin, daß derzeit bereits 68 Gebäude einer Sockel- bzw. Totalsanierung unterzogen werden und acht Gebäude fertiggestellt sind - daß also die Stadterneuerung in Wien voll angelaufen ist. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

18 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Zur VIERTEN ANFRAGE von GR. ARTHOLD (öVP), ob bei der Sanierung der Fenster des Wrba-Hofes im 10. Bezirk um insgesamt 13,7 Millionen Schilling technische Abteilungen der Stadt Wien überprüft haben, ob eine zufriedenstellende Sanierung gewährleistet ist, sagte StR. EDLINGER, diese Frage sei eindeutig mit Ja zu beantworten. Auf eine ZUSATZFRAGE, in der GR. ARTHOLD sagte, der seit fünf Jahren besiedelte Bau müsse demnächst general-saniert werden, stellte Edlinger fest, daß im Augenblick eine Mängelerhebung durchgeführt wird. Wenn diese abgeschlossen sein wird, könne er mit Mietervertretern darüber reden, welche Maßnahmen erforderlich sind, und wie eine optimale Sanierung möglich ist.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. HUFNAGL (SPÖ), wieviele Anschlüsse von Wohnungen in städtischen Wohnhausanlagen an das Fernwärmenetz 1986 geplant sind, nannte StR. EDLINGER 22 Wohnhausanlagen mit insgesamt 5.423 Wohnungen und Kosten in der Höhe von 127 Millionen Schilling. Auf eine ZUSATZFRAGE sagte Edlinger, anfangs seien durchschnittlich 15 Prozent der Mieter für den Anschluß an das Fernwärmenetz, während der Baumaßnahmen sei eine Verdopplung auf 30 Prozent üblich. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

19 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (öVP), wieviele Tonnen kontaminierten Erdreiches aus dem U-Bahn-Bau bisher auf der Deponie Rautenweg deponiert wurden, antwortete StR. BRAUN, bis zur vergangenen Woche 21.000 Tonnen. Da erst seit August die Anlieferung stattfindet, könne jenes Gutachten vom Dezember des Vorjahres nicht stimmen, das GR. Worm kürzlich in einer Pressekonferenz vorgelegt habe. Auf eine ZUSATZFRAGE, wieviel Gift am Rautenweg "liege", sagte StR. Braun, man könne nicht definitiv sagen, was in der Vergangenheit dort gelagert worden ist. Es wurden aber in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, wodurch eine Gefährdung der Umwelt durch die Deponie ausgeschlossen wird. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

20 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. BAAL (SPÖ), ob die Badewasserqualität in den städtischen Bädern den gültigen Vorschriften entspricht, erklärte StR. BRAUN (SPÖ), daß im Interesse der Badegäste das Wasser mehrmals täglich untersucht und das Ergebnis protokollarisch festgehalten wird. Überdies nimmt die Hygienisch-Bakteriologische Untersuchungsanstalt in allen Bädern einmal jährlich eine Untersuchung vor. Auf die ZUSATZFRAGE, welche Untersuchungsergebnisse in letzter Zeit bekannt wurden, erklärte Braun, daß die Hygienisch-Bakteriologische Untersuchungsanstalt 1986 insgesamt 26 Gutachten erstellt habe. Es waren in einzelnen Fällen lediglich geringfügige Korrekturen notwendig, die sofort erfüllt wurden.

Die ACHTE ANFRAGE stellte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ): Warum wurden die Bauarbeiten für das neuen Haas-Haus noch nicht in Angriff genommen? StR. HOFMANN (SPÖ) erklärte, daß ihm die Gründe dafür nicht bekannt seien. Es liege derzeit auch kein Ansuchen um Baubewilligung vor. Auf die ZUSATZFRAGE, was Hofmann zu unternehmen gedenke, daß diese Baulücke ehestmöglich geschlossen werde, sagte der Stadtrat, daß laut Auskunft der Bauträger noch im November mit der Einreichung um Baubewilligung zu rechnen sei. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

21 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Die NEUNTE ANFRAGE durch GR. HAHN (BVP) betraf den Beginn der Renovierungsarbeiten des unter Denkmalschutz stehenden Grassalkovitsch-Schlössels im 2. Bezirk. StR. MRKVICKA (SPÖ) erklärte, daß die Porzellanmanufaktur Augarten an einer Renovierung interessiert sei und mit der Planung begonnen wurde. Mit dem Beginn der Renovierungsarbeiten sei in der ersten Jahreshälfte 1987 zu rechnen. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

22 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) In der ZEHNTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. HENGELMÜLLER (SPÖ), ob trotz der derzeit noch nicht abgeschlossenen Bauarbeiten im Praterstadion das Länderspiel BRD-Österreich stattfinden kann. StR. MRKVICKA (SPÖ) antwortete, daß die Abhaltung des Spiels nicht sichergestellt ist, hingegen die Breitensporteinrichtungen, die ebenfalls im Praterstadion geschaffen werden, erst im nächsten Jahr zur Verfügung stehen werden. Das Wiener Stadion werde eines der sichersten, aber auch eines der schönsten der Welt sein. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Ausgestaltung des Christkindlmarktes

23 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) beantragte, den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds seitens der Stadt Wien im Einvernehmen mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft zu beauftragen, für die Dauer des Christkindlmarktes den Rathauspark mit einem Gesamtkostenaufwand von sieben Millionen Schilling zu einem "Adventgarten" auszugestalten. Die Kosten werden zu zwei Drittel, höchstens aber in der Höhe von 4,8 Millionen Schilling, von der Stadt Wien, zu einem Drittel von der Kammer getragen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, er begrüße die Bemühungen, den Christkindlmarkt attraktiver zu machen und damit für die Wiener und auch für die Touristen anziehender zu gestalten. Allerdings seien das zeitmäßige Hineinziehen des Christkindlmarktes in den Herbst und die wochenlangen Aufbau- und Abbauzeiten zu kritisieren, da dadurch der Rathausplatz ein Vierteljahr blockiert sei.

GR. SCHMIDTMEIER (SPÖ) begrüßte die Maßnahmen zur Verschönerung des Christkindlmarktes und betonte, daß damit an eine Reihe von Verbesserungen in den vergangenen Jahren angeschlossen wurde. Die Neugestaltung sei mit dem Fremdenverkehrsverband abgesprochen und stelle eine speziell wienerische Gestaltung dar, die bei keinem anderen Christkindlmarkt zu finden sei. Auch die Aufbauzeit konnte gegenüber dem Vorjahr um eine Woche verkürzt werden, sagte Schmidtmeier.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: 122 Millionen für Verkehrsberuhigung

24 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) stellte den ANTRAG, für Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung - Schaffung von Fußgängerzonen, Wohnstraßen, verkehrsberuhigten Zonen - 122 Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. NEUMANN (ÖVP) erklärte, seine Partei stimme diesem Antrag gerne zu. Sodann kam Neumann auf die Fußgängerzone Tuchlauben zu sprechen. Bei Entscheidungen, wo Fußgängerzonen errichtet werden, sollten die Bürger ein Mitspracherecht haben. Dies sei in diesem Fall nicht geschehen. Neumann sprach von einer undemokratischen Vorgangsweise. Man solle künftig darauf achten, daß die Anhörung der Bezirksvertretung keine Phrase sei.

GR. SEVCIK (SPÖ) sagte, es gehe um die Weiterverfolgung eines Weges, um das Wohnen in dieser Stadt künftig noch angenehmer gestalten zu können. Im übrigen habe es schon 1984 Planunterlagen gegeben, denen zufolge die Tuchlauben in die Verkehrsberuhigung eingebunden werden sollte. Die Polizeidirektion Wien, zahlreiche Magistratsabteilungen, die Kammer für Arbeiter und Angestellte und die Wiener Handelskammer hätten sich zu diesem Vorhaben positiv geäußert.

BV Techn. Rat Ing. HEINZ (ÖVP) sprach sich gegen die Fußgängerzone Tuchlauben in der geplanten Form aus.

StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) bedauerte, daß anlässlich eines Antrages für eine umfassende Verkehrsberuhigung über das "Nebenprodukt" Tuchlauben diskutiert worden ist. Er betonte, daß alle Fristen ordnungsgemäß eingehalten wurden. Man hoffe, die Arbeiten im Oktober fertigstellen zu können.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ull/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Pfannbauernquelle

25 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) stellte den Antrag auf Erhöhung des für die Fassung und Überleitung der Pfannbauernquelle in die 1. Wiener Hochquellenleitung genehmigten Sachkredits von 390 Millionen Schilling um 179 Millionen Schilling auf 569 Millionen Schilling.

GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) kritisierte, daß es sich hierbei um eine Kostenexplosion von 45,9 Prozent innerhalb eines Jahres handle. Zwar sei die Fertigstellung der Pfannbauernquelle für 1988 geplant, sie sollte aber bereits seit 15 Jahren fertig sein. Es sei keine Frage, daß die Quelle über beste Wasserqualität verfüge und auch für die Wasserversorgung notwendig sei, jedoch müßte das Kontrollamt die Kostenerhöhung überprüfen.

GR. VEJTISEK (SPÖ) erklärte, maßgeblich für die Erhöhung des Sachkredits sei ein geologisches Gutachten gewesen, aus dem hervorgeht, daß der Sprengvortrieb wesentlich günstiger sei als der Fräsvortrieb. Die Überprüfung der Kostenerhöhung sei deshalb schwierig, weil Projektierung und Ausführung bereits über 20 Jahre dauern. Stadtrat Braun habe aber bereits das Kontrollamt mit der Überprüfung beauftragt. Wie von Bürgermeister Dr. Zilk angekündigt, werde die erste Durchleitung durch die Pfannbauernquelle Ende 1988 stattfinden.

Abschließend verabschiedete sich Vejtisek von den Mitgliedern des Gemeinderates, da er demnächst aus Krankheitsgründen sein Mandat zurücklegen wird. Er dankte für die gute Zusammenarbeit im Dienste der Stadt Wien.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Gastarifänderung

26 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat HATZL (SPÖ) beantragte Tarifänderungen der Wiener Stadtwerke-Gaswerke ab 1. Oktober 1986 bis 30. April 1987: 460 g/Kubikmeter für Haushalte und Heizgaskunden, 444 g/Kubikmeter für Gewerbe und Industrie.

GR. Ing. KREINER (ÖVP) erklärte, seine Fraktion wäre mit der Senkung des Gaspreises zufrieden, wäre gleichzeitig auch der Strompreis gesenkt worden. Der Gaspreis liege in Niederösterreich derzeit noch um 19 Prozent unter dem Wiener Preis, ab 1. Oktober beträgt die Differenz nur mehr fünf Prozent. Die in verschiedenen Zeitungen veröffentlichte Kosteneinsparung für die Gaskunden im heurigen Jahr in Höhe von 1,2 Milliarden Schilling sei eine Falschmeldung, in Wirklichkeit betrage sie nur 345,2 Millionen Schilling.

GR. Maria KUHN (SPÖ) erklärte, daß mit der nunmehrigen Gastarifsenkung von 15 Prozent eine Gesamtsenkung von 24 Prozent erreicht werde. Dies bedeute bis Ende der Heizperiode 1986/87 eine Ersparnis von 1,2 Milliarden Schilling. Die Gaswerke versorgen derzeit 451.000 Heizgaskunden. Die Kosten für Speicherung, Personal, Rohrleitungsausbau und Wartung betragen 50 Prozent. In den letzten zehn Jahren wurden 5,7 Milliarden Schilling investiert.

Zum Gaspreisunterschied zwischen Wien und Niederösterreich erklärte Stadtrat HATZL, daß die Struktur der Gasabnehmer in den beiden Bundesländern völlig verschieden sei. In Wien sind 70 Prozent der Gaskunden Kleinabnehmer, in Niederösterreich lediglich 30 Prozent, wodurch die Kosten wesentlich differieren. Der Tarif ab 1. Oktober entspricht dem Gastarif des Jahres 1980. Zur Forderung der ÖVP, den Stromtarif zu senken, sagte Hatzl, daß einige Bundesländer bereits Anträge auf Strompreiserhöhung gestellt habe und bewilligt bekamen. In Wien werde nach wie vor der im Jahr 1983 gesenkte Strompreis verrechnet. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Subvention für Rosa Lila Tip

27 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) beantragte eine Subvention von 350.000 Schilling für den Verein "Rosa Lila Tip".

GR. PROCHASKA (ÖVP) kritisierte, daß der Verein über die Verwendung der Subvention bisher zu wenig Aufklärung gegeben habe. Daher werde die ÖVP diesem Geschäftsstück auch nicht zustimmen. Ursprünglich habe die ÖVP die Absichten dieser Gruppe mit unterstützt, weil sie sich der Betreuung von Menschen mit besonderen Integrationsschwierigkeiten widmet. Gerade weil dies jedoch vom Gros der Bevölkerung nicht verstanden werde, sei es richtig, besonderes Augenmerk auf die Verwendung der Subventionsmittel zu legen.

GR. FAYMANN (SPÖ) erklärte, daß die Stadt Wien für Alternativarbeit jeder Art insgesamt 12,5 Millionen Schilling pro Jahr ausgibt. Nur 350.000 Schilling davon fließen an den Verein. Wenn man Öffentlichkeitsarbeit nicht im engsten Sinn sehe, lasse sich die zweckentsprechende Verwendung der gegebenen Mittel unschwer feststellen. Die Tatsache, daß verschiedene Aufwendungen als Teil der Öffentlichkeitsarbeit ausgewiesen wurden, solle kein Grund sein, die Subvention abzulehnen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds

28 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Der Antrag auf Zuführung von Barmitteln in der Höhe von 282.278 Schilling durch die Stadt Wien an den Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds wurde ohne Debatte mit Stimmenmehrheit angenommen.

Zwtl.: Computerprojekt

GR. HANKE (SPÖ) stellte den Antrag, dem Institut für Wissenschaft und Kunst für die Durchführung des Projektes "Computervisualisierung von Sozialstatistiken" eine einmaligen Förderungsbeitrag in der Höhe von 190.000 Schilling zu gewähren.

GR. CZERNY (ÖVP) kritisierte, daß dieses Programm ein gängiges Computerprogramm und in einschlägigen Geschäften um 4.000 Schilling zu kaufen sei.

GR. Hildegard WONDRA TSCH (SPÖ) äußerte den Verdacht, daß die vordergründige Ablehnung des Projektes auf der prinzipiellen Ablehnung des Institutes für Wissenschaft und Kunst von seiten der ÖVP beruhe. Das Projekt basiere auf einer Weiterentwicklung der Bildsprache von Otto Neurath. Es sei ein Pionierprojekt, das ein Softwarepaket für Personalcomputer und Großanlagen beinhalte.

GR. Ing. WORM (ÖVP) erklärte, daß es sinnwidrig sei, mit Bildsprachen von damals im Rahmen heutiger Computertechniken zu operieren. Der Betrag von 190.000 Schilling sei zu hoch, da so viel eine Anlage samt Software kostet.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

(Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Teletheater

29 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE beantragte, der Teletheater Ges.m.b.H. für die Durchführung der Veranstaltungen des "Wiener Sommers 1985" einen Zuschuß in der Höhe von 3,923.000 und für die Veranstaltungen im Rahmen des "Wiener Musiksommers 1986" eine Ausfallshaftung bis zur Höhe von 9,518.000 Schilling, zusammen also 13,441.000 Schilling zu gewähren. Weiters beantragte Hanke, der Teletheater für die Durchführung des "Hiroshima Peace Concerts" eine nachträgliche Förderung in der Höhe von 500.000 Schilling zu gewähren.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) beantragte eine Überprüfung der Teletheater durch das Kontrollamt. Es sei nämlich vom Kontrollamt in bezug auf die Teletheater bereits eine Förderung über den Bedarf ermittelt worden, andererseits sei laut Kontrollamt der Nachweis über widmungsgemäße Verwendung der Förderungsmittel nicht erbracht worden. Eine genaue Prüfung sei demnach erforderlich.

GR. Dr. AIGNER (SPÖ) bemerkte, daß die Subvention an die Teletheater erst nach der Freigabe durch das Kontrollamt beschlossen wurde. Es gebe für die Teletheater wie für alle Wiener Theater eine Art begleitender Kontrolle durch das Kontrollamt. Demnach sei die Subvention für das Jahr 1985 vom Kontrollamt als gerechtfertigt erachtet worden, die beantragte Ausfallshaftung für das Jahr 1986 werde erst nach eingehender Prüfung durch das Kontrollamt überwiesen werden. Abschließend wies Aigner auf die Bedeutung der von der Teletheater durchgeführten Veranstaltungen für das sommerliche Musikangebot Wiens und damit für den Fremdenverkehr hin.

ABSTIMMUNG: Der Subventionsantrag für die Teletheater Wiener Sommer 1985 und Wiener Musiksommer 1986 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, die Subvention für das Hiroshima Peace Concert wurde einstimmig angenommen. Der Antrag von Mag. Kauer wurde dem Kulturausschuß zugewiesen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Zusatzsubventionen für vier Wiener Bühnen

30 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) stellte den Antrag, für vier Wiener Bühnen Zusatzsubventionen im Ausmaß von insgesamt 6,4 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) betonte einleitend, daß seine Partei dem Antrag zustimmen werde. Fragen blieben dennoch offen, so etwa bezüglich des Raimundtheaters. Wenn nicht bald etwas geschehe, dann könnte es passieren, daß dieses renommierte Haus zahlungsunfähig wird. Kauer kritisierte die Personalpolitik, so dürfe man mit Menschen nicht umgehen. Ungeklärt seien die Fragen: Was soll das Raimundtheater werden, wer soll es leiten, wer soll es bezahlen? Kauer stellte den Antrag, für die Theater der Stadt Wien ein umfassendes Konzept auszuarbeiten.

StR. MRKVICKA (SPÖ) bestätigte gewisse Sorgen und Probleme mit dem Raimundtheater. Während der Umbauphase des Theaters hatte die Auslastung im Ausweichquartier Simmering bis zu 92,29 Prozent betragen. Die Hoffnungen, auch im neuen Raimundtheater würde das Publikum in ausreichendem Maß erscheinen, hätten sich jedoch nicht erfüllt. Zu den erfolgten Nichtverlängerungen von Verträgen stellte StR. Mrkvicka klar, daß durchaus nicht gesagt sei, daß nicht zumindest ein Teil der Beschäftigten wieder im Raimundtheater Beschäftigung finden werden. Wenn man aber wirklich will, daß das Theater durch gute künstlerische Leistungen einen Teil seiner Schulden selbst abtragen soll, dann müsse man dafür die Voraussetzungen schaffen. Dazu gehörte, der neuen Leitung die Möglichkeit zu geben, die geeigneten Mitarbeiter auszusuchen.
(Forts.) ull/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Zusatzsubventionen für vier Wiener Bühnen

31 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Zum Theater an der Wien sagte Mrkvicka, daß heuer, im vierten Spieljahr von "Cats", der einmillionste Besucher erwartet wird und daß man Peter Weck zutrauen könne, auch im Raimundtheater ein gutes Ergebnis zu erzielen. Die Konzeption sieht so aus, daß das Theater an der Wien für Musicals, die Wiener Festwochen und Tanzfeste zur Verfügung steht; das Raimundtheater ein musikalisches Unterhaltungstheater bleibt und das Ronacher auf Gastspiele verschiedenster Art ausgerichtet sein wird. Was das Schauspielhaus betrifft, wird George Tabori demnächst seine Pläne und Vorstellungen bekanntgeben. Sicher ist, daß er ab 1987 in Wien Theater machen wird. Beim Künstlerhaustheater habe man einen unpopulären Schritt setzen müssen und den "Komödianten" nach drei Sondersubventionen keine Verlängerung ermöglichen können. Das Künstlerhaustheater ist bis Jahresende mit Freien Gruppen ausgebucht, das Haus soll auch künftig spielfertig gehalten werden.

GR. Marilies FLEMMING (ÖVP) vermißte ein schriftliches Theaterkonzept. Zum Theater der Jugend sagte sie, daß bei den 87 Beschäftigten, bei Eltern und in manchen Schulen Sorge bestehe, diesem Theater könnten ähnliche Schicksale wie dem Raimundthater drohen. Sie schlug vor, daß das Theater der Jugend in einem Kulturzentrum Messepalast seine endgültige Heimstätte finden könne.

In einer neuerlichen Wortmeldung sagte StR. MRKVICKA, für das Theater der Jugend bestehe kein Grund zur Sorge. Im übrigen wäre ein gewisser Konkurrenzkampf künstlerisch durchaus zu begrüßen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen, der Antrag von GR. Mag. KAUER wurde zugewiesen. (Forts.) ull/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Flächenwidmungsplan "Draschegründe"

32 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) GR. PRAMEL (SPÖ) beantragte eine Abänderung des Flächenwidmungsplanes und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen der Trasse der Südbahn, Sterngasse, Beyfußgasse, Kolbegasse, Laxenburger Straße und Stadtgrenze im 23. Bezirk (sogenannte Draschegründe).

GR. DR. PETRIK (ÖVP) erklärte, daß die Planung in einem engen Konnex mit der Erhaltung des Ortskernes Inzersdorf gesehen werden muß. Dieses sensible Planungsgebiet erforderte besondere Rücksichtnahme auf die verkehrsmäßige Entlastung von Inzersdorf, auf die Ausweitung des Betriebsbaugebietes und die Sicherung des landwirtschaftlich genutzten Gebietes.

GR. DR. SWOBODA (SPÖ) erklärte, daß die Planung in vorbildlicher Weise auf alle Details Rücksicht genommen habe. Durch die verstärkte Grünlandwidmung wurde erreicht, daß der Wald- und Wiesengürtel im Süden geschlossen werden konnte. Die Wünsche der Bürger und des Bezirkes wurden weitgehend berücksichtigt. Mit einem Abänderungsantrag aller drei Parteien solle noch die Bauklasse für das Gebiet westlich der Laxenburger Straße von IV auf III reduziert werden.

ABSTIMMUNG: Das Geschäftsstück und der Abänderungsantrag wurden einstimmig angenommen. (Forts.) ull/rr

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Vertrag mit DoKW

33 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPÖ) beantragte die Genehmigung zum Abschluß eines Übereinkommens mit der DoKW über die Bedeckung von Mehrkosten im Zusammenhang mit einer möglichen Staustufe Wien. Die DoKW erklären sich hiermit bereit, rund 14 Millionen Schilling Kosten zu tragen.

GR. Ing. WORM (ÖVP) meinte, der Wettbewerb Donaauraum werde mit ungeeigneten Werbemitteln propagiert, die außerdem mit hohen Kosten verbunden sind. 2.500 Wiener haben ihre Stellungnahme zum Wettbewerb abgegeben. Der heutige Beschluß würde ein Präjudiz hinsichtlich einer Realisierung der Staustufe Wien bedeuten, daher könne die ÖVP heute nicht zustimmen.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) vertrat die Ansicht, die Zahl der Bürger, die sich am Wettbewerb beteiligen, werde sich noch weiter erhöhen. Im Zusammenhang mit dem Wiener Hochwasserschutz, der vor der Fertigstellung steht, müsse sicherheitshalber jetzt alles unternommen werden, damit nicht durch künftige Maßnahmen bisherige Leistungen hinfällig werden. Der vorliegende Vertrag sei kein Präjudiz, sondern bedeute lediglich für die DoKW die Übernahme einer Verpflichtung, während er für die Stadt Wien kostenneutral sei. Für Bund ebenso wie für Wien stehe fest, daß die Staustufe nur dann realisiert werde, wenn dies aus ökologischen, wirtschaftlichen und städtebaulichen Gesichtspunkten möglich ist.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Nierensteinertrümmerer in der Rudolfstiftung

34 Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPö) beantragte die Ersatzanschaffung eines urologischen Röntgenarbeitsplatzes für die Urologische Abteilung in der Krankenanstalt Rudolfstiftung.

GR. Dr. HAWLIK (öVP) wandte ein, daß diese Anschaffung eines weiteren Nierensteinertrümmerers für Wien eine gewisse Überkapazität bedeuten könnte, da man mit dem Gerät in Lainz, das sich sehr bewährt habe, durchaus das Auslangen finde. In diesem Sinne stellte Hawlik einen ANTRAG für den effizienten Einsatz des Nierensteinertrümmerers in der Rudolfstiftung.

GR. HUBER (SPö) erklärte, daß dieser neue Nierensteinertrümmerer allen Anforderungen eines herkömmlichen urologischen Arbeitsplatzes entspreche und zusätzlich die Funktion eines Nierensteinertrümmerers biete. Die Kosten dieses Gerätes der Firma Siemens seien nicht höher als die eines normalen urologischen Arbeitsplatzes, man habe sich lediglich verpflichten müssen, die Untersuchungsergebnisse eines Jahres der Firma zur Verfügung zu stellen. Mit der Inbetriebnahme des Gerätes in der Rudolfstiftung werde der Nierensteinertrümmerer in Lainz außer Betrieb gestellt und damit der raschen Entwicklung der Medizintechnik Rechnung getragen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen, der öVP-Resolutionsantrag einstimmig zugewiesen.

Ende der Sitzung 20.50 Uhr. (Schluß) gab/gg

---Ende des Sitzungsberichtes---